

Mehr Recherche, weniger Meinung

Anforderungen an einen zeitgemäßen politischen Journalismus

Interview mit Lutz Hachmeister

TUP: Herr Hachmeister, wozu braucht es politischen Journalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch?

Hachmeister: Das ist eine gute Frage. Natürlich braucht man politische Journalisten. Genau so wie man Reisejournalisten, Medizinjournalisten, Journalisten, die sich mit Klima-Themen beschäftigen, braucht. Politische Prozesse transparent zu machen, ist eigentlich eine große Aufgabe für den politischen Journalismus. Er kommt nur in der Form, wie er mehrheitlich heute betrieben wird, eher als eine Art Prominenz- und Stimmungsjournalismus und daher mit vielen Eitelkeiten versehen. Ich habe mich in meinem Buch „Nervöse Zone“ 2007 – genau das Jahr, in dem das Smartphone aufkam und Twitter etabliert wurde – analytisch mit dem politischen Journalismus in der neuen Hauptstadt Berlin beschäftigt, weil ich diese Rudelbildung, diese Selbstreferenz, dieses ständige Aufgekratzsein einer kleinen Gruppe von zumeist männlichen Hauptstadtjournalisten-Darstellern eher degoutant fand.

Das ständige Heruminterpretieren, das nervöse Bewerten von Stilfragen und möglichen Konstellationen, die sicherlich auch eine Rolle spielen in der politischen Auseinandersetzung, aber zu sehr in den Vordergrund getreten sind, entsprechen nicht dem, was Journalismus gerade heute im Kern leisten müsste. Mein Berufsverständnis ist und war einfach ein anderes, etwas zurückgenommener, nüchterner, mehr an den Fakten und an den Recherchen orientiert. Das schließt ja nicht aus, dass man mitunter auch thesenstark sein kann. Durch Social Media hat das Ganze zudem eine ganz andere Taktung bekommen. Es ist jetzt eine 24-Stunde-Echtzeit-Pseudokommunikation, natürlich auch mit vielen Durchstechereien von Seiten der Politiker, die sich dann gern in Opferrolle begeben.

Die letzten Bundestagswahlen liegen einige Wochen zurück. Sind Ihnen Begebenheiten aufgefallen, die besonders augenfällig waren?

Social Media haben eine entscheidende Rolle gespielt. Gerade bei jüngeren Wählerschichten. Das Smartphone ist ja kein einfaches Telefon, sondern ein Zentralcomputer, den jeder immer mit sich herumträgt, bei dem Push-Nachrichten, YouTube-Clips von Rezo, Twitter, Facebook, TikTok rezipiert werden. Das hat bei dieser Wahlentscheidung und bei der Stimmung, die jeweils erzeugt wurde, eine sehr große Rolle gespielt. Mehr als die konventionellen Fernseh-Trielle etwa. Die konnten nur noch bestimmte Tendenzen verstärken. Journalisten sind selbst als Akteure vor allem bei Twitter aktiv und sie transportieren gleichzeitig Stimmungslagen aus Social Media in ihre traditionelleren Formate; Twitter ist das neue Leitmedium der politischen Kommunikation geworden. Das ist eine Doppelrolle, und dieser

Zusammenhang, auch noch gekoppelt mit der Kommunikation von Umfrageergebnissen, hat sicher erheblich zum Absturz des CDU-Kandidaten Laschet bei der Wahl beigetragen.

Wurde durch die Vielzahl der Trielle nicht zu sehr auf die Wahrnehmung der Personen abgezielt und inhaltliche Fragen eher hinten angestellt?

Ja, es gab eine grundlegende die Kritik an den Triellen, dass etwa Fragen wie Außen- und Europapolitik, die ja immer noch zentral sind für ein Land in der Mitte Europas, nur schwach vorkamen. Bei drei Triellen sollte man die Themensetzung auch differenzieren können. Das ist ein handwerklicher Fehler. Man hatte immer das Gefühl, dass die Sender, diese traditionellen Medien in eine solche Sache unvorbereitet hineinstolpern, obwohl sie seit Jahren wissen könnten, was auf sie zukommt, gerade in einer gewandelten kommunikativen Umwelt.

Eine Umfrage aus Mecklenburg-Vorpommern hat kürzlich gezeigt, welche Themen die Menschen dort vor allem interessieren: das sind Fragen der Infrastruktur, sind Fragen des Verkehrs, der Bahn. In den offiziellen Wahlsendungen wurden diese Themen kaum vernünftig thematisiert. Dies ist nur ein Beispiel, aber es zeigt: Da klafft der Wunsch der Bevölkerung, aufgeklärt zu werden und auch der Wunsch, Politiker einmal hart befragt zu sehen, völlig auseinander mit den taktischen Fragestellungen der professionellen Journalisten.

Ist das „Déformation professionnelle“?

Ja. Es gibt seit längerem auch eine Menge Forschung darüber, wie sehr sich Journalisten an sich selbst und ihrer Peergroup orientieren. Fragen danach, wer die Wahlen und politische Auseinandersetzungen gewinnen wird, wer die besten Kontakte zur politischen Klasse hat, nehmen viel zu viel Raum in der täglichen Berichterstattung der Berliner Bubble ein. Bei all dem sollte man nicht außer Acht lassen, wie gut sie bezahlt sind, im Grunde genommen dem gehobenen Bürgertum angehören und mit den unteren und Mittelschichten gar nichts zu tun haben. Soziologisch ist das also alles gut zu erklären, nur muss man es deshalb ja nicht goutieren oder akzeptieren. Die Skepsis des Publikums, nicht nur bei den derangierten Querdenkern, wächst ja auch.

Ist das Treiben in den letzten knapp 15 Jahren, nachdem Sie das Buch veröffentlicht haben, nervöser geworden?

Es ist vor allem eine technologische Transformation. Das beschriebene Wettrennen um die angeblichen *breaking news*, um die neueste Mini-Personalie und um die aktuellen Stimmungslagen bestimmter Kandidaten ist eigentlich eine alte Geschichte und hat es immer gegeben. Aber diese schnellere Taktung, auch das Sich-Veräußern als Journalist auf dem Social-Media-Markt, um ein eigenes Profil zu bekommen, eine eigene Marke zu werden, ist sicherlich eine erkennbare Veränderung. Journalismus ist ohnehin ein narzisstischer Beruf. Die Technologien geben jedoch die Möglichkeit, diesen Narzissmus noch mehr nach außen zu tragen, sich im Wortsinne zu veräußern.

Sie haben in dem angesprochenen Buch in einem Teil der Berliner journalistischen Klasse eine Art Besinnung auf Familie, Religion, Nation ausgemacht. Ist das auch gegenwärtig noch der Fall?

Diese damals beschriebene Deutschland-Begeisterung ist abgeebbt. Mir fehlen empirische Daten, aber ich glaube schon, dass die Mentalität der Mehrzahl jener Journalisten, die etwas höher in der Hierarchie sind – Chefredakteure, Hauptabteilungsleiter – bei schwarz-grün zu verorten ist, vielleicht jetzt auch wieder stärker bei der FDP. Es gibt eine gewisse Wirtschaftsliberalität, aus der eigenen ökonomischen Grundsituation heraus, gepaart mit Umweltbewusstsein, um auch noch bisschen die Welt zu retten.

Rückblickend betrachtet: Täuscht der Eindruck oder wurde Angela Merkel in ihrer Regierungszeit relativ zahm von den „Hauptstadtjournalist*innen“ behandelt und wenn ja, was sind die Gründe?

Angela Merkel hat es mit ihrer Politik der „ruhigen Hand“ geschafft, dass ihre Amtszeiten gar nicht so genau betrachtet wurden. Alle Negative, etwa bei Klimafragen, in der Gesundheitspolitik oder bei der verschleppten Modernisierung von Infrastrukturen wurden nicht ihr zugerechnet, sondern den jeweiligen Fachministern. Das ist ein Politikstil, der für sich genommen ziemlich erfolgreich war, aber keineswegs erfolgreich für das Land. Das wird man retrospektiv noch feststellen. Sie hat es sicherlich geschafft, sich so die Medienmeute vom Hals zu halten. Sie wurde ja nachher fast *untouchable*.

Wie intellektuell ist der heutige politische Journalismus noch – oder auch nicht?

Völlig unintellektuell, allerdings war er ja nie wirklich intellektuell. Ich kenne jedenfalls keinen politischen Journalisten in der Bundesrepublik, den man im entferntesten einen Intellektuellen nennen oder besonders reflektiert nennen könnte, was die eigene Rolle anlangt. Dagegen war eine Figur wie Hans-Joachim Friedrichs sehr reflektiert bei dem, was er getan hat. Derjenige, der sich zumindest als intellektueller Anreger verstanden hat, war sicher Frank Schirrmacher. Er hat neue Projekte angeschoben und hatte gleichzeitig eine politische Agenda – wie immer man die auch bewerten will. Es betrifft aber ja nicht nur den Journalismus, sondern auch den Strukturwandel der Hochschulen hin zum akademischen Kapitalismus. Da müssten Intellektuelle ja auch herkommen; eigentlich müssen dort die Leute ausgebildet werden und die intellektuelle Sphäre, auch Theoriegrundlagen und historische Prozesse, kennenlernen. Ich will nicht sagen, dass es das gar nicht mehr gibt. Es gibt ja auch noch die Edition Suhrkamp oder ein paar andere Intellektuellen-Verlage. Aber da hat man schon den Eindruck einer Musealisierung. Die Social-Media-Geschwindigkeit gibt einfach die Grundmelodie vor.

Was sind die Gründe dafür? Ist das nur der enormen Medienvielfalt und der technologischen Entwicklung geschuldet?

Ich denke schon. Es ist Zentralitätsverlust. Man hat nicht mehr die dominierenden Fernsehsender, oder die führenden bürgerlichen Zeitungen von rechts bis links, die oft klar verortet waren. Der „Stern“ und der „Spiegel“ waren vollkommen andere Blätter als heute, der „Stern“ noch mehr als der „Spiegel“. Dafür gibt es aber, um nicht zu nostalgisch zu werden, so etwas

wie Fridays for Future und andere Grassroots-Bewegungen, die wiederum stark durch die sozialen Medien ermöglicht wurden. Das könnte man systemtheoretisch relativ gut erklären, was da verloren gegangen ist und was auch neu entstanden ist. Fridays for Future attrahiert eine Altersgruppe, die erstmal kein intellektuelles Fundament braucht, sondern sich emotional durch die Interpretation bestimmter Fakten, die ja nicht wegdiskutiert werden können, leiten lässt. Es ist mehr eine Bewegung als eine intellektuell reflektierte Aktion.

Schon 2007 setzten Sie sich am Beispiel der Sendung „Christiansen“ kritisch mit dem Format der politischen Talkshow auseinander. Anders gefragt: Braucht man dieses Format eigentlich heutzutage noch?

Ich denke nicht, dass diese Sendungen zur politischen Aufklärung beitragen. Sie sind Entertainment, günstig zu produzieren und traditionelle Fernsehsender können ihre Programmstruktur entsprechend bequem gestalten. Wenn Sie jene Leute befragen, die das Ganze organisieren, würden die Ihnen sicher zugeben, dass es um Produktionsvolumina geht. Es ist ein lukrativer Auftrag, der sich über Jahre hinzieht. Die Sender sind zufrieden. Die Produktionsfirmen sind zufrieden. Die Moderatorinnen sind zufrieden. Die sind ja auch miteinander kommod in die Jahre gekommen, auch da fehlt ein Generationswechsel. Wenn diese Polit-Talkshows eines befördert haben, dann die mediale Theatralisierung von Politik. Aber daran hat sich Medienkritik ja lange Jahre abgearbeitet, völlig wirkungslos.

Wird den Bürgerinnen und Bürgern zu wenig vertraut und „zugemutet“, damit auch einmal andere Formate probiert und gesendet werden?

Sicher. Der Lieblingssatz vieler öffentlich-rechtlichen Redakteure lautet ja immer wieder: Man muss das Publikum an die Hand nehmen, damit es nicht verloren geht. Man hat also das Bild eines kleinen Kindes in der Großstadt, das von den Eltern festgehalten werden muss, weil es sich irgendwie in der Menschenmenge verlieren könnte. Das ist eine Mentalität, die bei der Mehrzahl der öffentlich-rechtlichen Redakteure vorherrscht. „Betreutes Fernsehen“ hat dies mein Kollege Gert Scobel einmal genannt. Der erwachsene Rezipient wird nicht wirklich ernstgenommen und das weiß auch jeder, der mal mit den Sendern zusammengearbeitet hat. Auch da existiert auch eine völlige Leerstelle in der Medienpolitik und Kommunikationspolitik, um eine grundsätzliche Reform des öffentlich-rechtlichen Systems anzugehen. Stichwort: Eine Medien- und Kulturabgabe, die direkter den Autoren und Kreativen zugutekäme, als dem Erhalt des existierenden, im Wesentlichen sich selbst versorgenden Sendersystems. Das wäre ja ein konkreter Reformvorschlag, bislang ist das noch nicht so richtig angekommen, weil es bislang keinen politischen Counterpart gibt, der das ernsthaft umsetzen will. Das Verfassungsgericht ist in seinen „Rundfunk“-Urteilen zu abstrakt und zu weit weg von der Praxis. Ich bin aber zuversichtlich, dass es in diese Richtung gehen wird, weil irgendwann klar wird, dass das System von ARD und ZDF in der heutigen Form nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Damit Sie mich nicht missverstehen: Ich bin für ein starkes öffentlich-rechtliches System. Auslandskorrespondenten und qualitativ herausragende Produktionen müssen gut bezahlt werden. Aber eben in einem System, das sich mit weniger Bürokratie auf die Kernpunkte konzentriert. Das ist sicherlich eine große Reform mit konkreten Managementaufgaben.

Wie könnte sich jenseits der Öffentlich-Rechtlichen der politische Journalismus weiter entwickeln oder vielleicht auch neu erfinden, damit er nicht nur gegenwarts-, sondern auch zukunftsstauglich ist?

Zum einen muss man von dieser absurden Berlin-Fixierung weg. Die große Zahl an Hauptstadtjournalisten und die teilweise sehr schwach wahrgenommenen Kritik- und Kontrollfunktion in Regionen stehen in keinem Verhältnis. Da ist eine Verlagerung notwendig, vielleicht auch mit gemeinnützigem Journalismus und zielbewusst geförderten Projekten, die es ja mancherorts schon gibt. Zum Zweiten muss den Menschen viel stärker als bisher klar gemacht werden, wie Politik wirklich funktioniert, viel mehr über Lobbyisten und einflussreiche Ministerialbeamte und Strukturen der Bürokratie berichtet werden als immer wieder über diese mehr oder weniger schillernden, öffentlich überpräsentierten Kandidaten.

Es wird ja in dem Zusammenhang auch immer gefordert, wieder mehr in die Recherche – also letztlich das journalistische Handwerk – zu investieren. Werden dafür zu wenige Ressourcen bereitgestellt? Oder gibt es zu wenig journalistischen Nachwuchs?

Nein, am Nachwuchs liegt es nicht. Es gibt sehr viele junge Journalistinnen vor allem, die sehr gut schreiben und recherchieren können. Ich glaube, es liegt auch nicht an der handwerklichen Qualität, sondern tatsächlich daran, dass nicht genug investiert wird, dass die Schwerpunkte nicht richtig gesetzt werden. Da ist sicherlich ein Retardierungseffekt eingetreten, wonach den Leuten wirklich drängende Probleme unserer Zeit nicht rechtzeitig beigebracht wurden, weil sich insgesamt die Politiker, die Journalisten in einer Wohlfühl-Republik lange eingerichtet hatten. Es ist ja lange irgendwie alles gut gegangen. Aber es hört jetzt auf – nicht nur durch das Erstarken der chinesischen Wirtschaftskraft und einer erratischen US-Politik. In den alten Gewissheiten wird man sich nicht länger ausruhen können. Ich habe immer noch das Gefühl, dass der kommentierende Sektor die originären Recherchen so weit überlagert, dass alles schwimmt im Abliefern von Stimmungsbildern.

Da sind wahrscheinlich auch die Talkshows günstiger als eine Recherche...

...die politische Ökonomie ist immer noch ein Denkmodell, das einem sehr viel erklärt, gerade im Mediensektor, wo die etablierten Unternehmen ja ohnehin aufpassen müssen, nicht unterzugehen in einer globalisierten Ökonomie von Online-Infrastrukturen.

Ich hatte immer den Verdacht, dass der Sportjournalismus im Weichzeichnen dem politischen Journalismus zehn, zwanzig Jahre voraus ist.

Ja, es ist ja Kommentieren von Wettrennen und von Spielen gegeneinander. Insofern sind die Sportjournalisten vielleicht sogar ehrlicher als die Politikjournalisten.

Sie scheinen gelassen zu sein. Machen Sie sich mit Blick auf das Zusammenspiel von Politik und politischem Journalismus über irgendetwas auch Sorgen?

Es gibt ein Problem des „news-overload“, da jeder Spieler auf dem Medienmarkt versucht, die Nachrichtenlage zu kapern und noch zu dynamisieren. Das ist natürlich auf Dauer nicht gesund für die gesamte Medienindustrie und kann so nicht funktionieren – im psychologischen wie im ökonomischen Sinn. Sehr gelassen bin ich etwa, was ein Projekt wie Bild-TV

anbelangt. Ich glaube nicht, dass das im Sinne der Erfinder funktionieren wird, und denke auch nicht, dass es ein deutsches Fox-News geben wird.

Warum?

Weil die politischen Parameter hier grundsätzlich anders sind. Es gibt kein Zwei-Parteien-System wie in den USA, mit der Radikalisierung der Republikanischen Partei, die schon lange vor Trump eingesetzt hat. Alleine deswegen sehe ich keine großen Parallelen. Die Kommunikationskanäle werden sich weiter differenzieren, nehmen sie etwa den Erfolg von Podcasts. Da liegt eher die Zukunft. Ich persönlich bin sehr froh, dass ich in einer Zeit vor dem Internet sozialisiert worden bin, also vor der Online-Kommunikation und auch vor E-Mails. Die Überlagerung der inhaltlichen Kommunikation durch technologische Prozesse bergen große psychische und physische Erschöpfungspotenziale in sich, die bislang nur kulturkritisch thematisiert wurden. Das psychophysische Anpassungspotential der Menschen ist aber begrenzt, so viel ist sicher.

Interview: Peter Kuleša

Dr. Lutz Hachmeister

war unter anderem Journalist bei Berliner „Tagesspiegel“, Chef des Grimme-Instituts und ist Geschäftsführer des Instituts für Medien- und Kommunikationspolitik (IfM) in Köln, das sich mit der Erforschung der nationalen und internationalen Medienpolitik beschäftigt.

E-Mail: info@institut-medienpolitik.de